



(Foto: hugin1 - Fotolia.com)

14.11.2022

Die deutsche Wirtschaft im Sog der Energiekrise

Die Geschäftserwartungen der deutschen Unternehmen für die nächsten zwölf Monate sind im Keller – das zeigt die aktuelle DIHK-Konjunkturumfrage ([Link: http://](http://)) unter bundesweit mehr als 24.000 Betrieben. Noch nie gab es in einer DIHK-Konjunkturumfrage so wenige optimistisch gestimmte Unternehmen wie in diesem Herbst. Zu groß ist die Unsicherheit bei der Energieversorgung und die Angst vor einem Rückgang der Nachfrage aus dem In- und Ausland. Aufgrund der überwiegend negativen Rückmeldungen rechnet der DIHK für 2023 mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um minus 3,0 Prozent.

Erwartungen stürzen ab, Geschäftslage bleibt noch stabil

Die bereits in der vergangenen Konjunkturumfrage im Frühsommer insgesamt trüben Geschäftsaussichten haben sich nochmals deutlich verdüstert. Der Anteil der Unternehmen mit noch positiven Erwartungen ist von 19 auf 8 Prozent geschrumpft, hingegen rechnet über die Hälfte mit einer Verschlechterung in den kommenden zwölf Monaten (nach zuvor 33 Prozent).

Gleichzeitig ist die aktuelle Geschäftslage trotz Eintrübung noch recht stabil. Ein knappes Drittel der Unternehmen (32 Prozent nach zuvor 36 Prozent) schätzt seine wirtschaftliche Lage als gut ein. Gleichzeitig ist der Anteil der Betriebe, die ihre aktuelle wirtschaftliche Situation bereits als schlecht bezeichnen, auf 19 Prozent gestiegen (nach 17 Prozent). Der große Unterschied zwischen Lage und Erwartung zeigt, wie stark die Unsicherheit aufseiten der Unternehmen ist.

Energiepreiskrise setzt die Betriebe unter Druck

Das mit Abstand größte Geschäftsrisiko sehen 82 Prozent der Unternehmen in den Energie- und Rohstoffpreisen. Darin spiegelt sich die Angst vor einer unsicheren Energieversorgung wider. Denn die Betriebe sind nicht nur von höheren Energiekosten belastet; einige Unternehmen, deren Lieferverträge

auslaufen, haben Probleme, überhaupt einen neuen Vertrag zu erhalten. Aufgrund der hohen Energiepreise drosselt jedes sechste Industrieunternehmen (17 Prozent) seine Produktion, jedes zwölfte (8 Prozent) will die Produktion zumindest teilweise verlagern.

Sorgen bereiten den Betrieben aber auch weitere strukturelle Gefahren. Jeweils mehr als die Hälfte der Umfrageteilnehmer nennen den Fachkräftemangel (56 Prozent) und die Arbeitskosten (Allzeithoch von 51 Prozent) als Geschäftsrisiko.

Weichen neu stellen – über den Winter hinaus

Die Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft reichen weiter als bis nur bis zum Ende des Winters: Denn Deutschland hat als Standort über die akute Krise hinaus ein massives Wettbewerbsproblem. Aktuell zahlen Unternehmen hierzulande fünfmal so viel für Strom wie in den USA und dreimal so viel wie in Frankreich. Das ist ein so gravierender Unterschied, dass sich das gerade für energieintensive Unternehmen kaum durch andere Vorteile ausgleichen lässt.

Die Politik muss die Weichen stellen, dass Unternehmen wieder Vertrauen fassen und hier in die Zukunft investieren. Nicht nur die erneuerbaren Energien sollten schneller ausgebaut werden. Auch auf den Verkehrswegen darf es nicht länger Stillstand geben. Weniger bürokratische Hemmnisse sind ebenfalls wichtig: Wer in seinem Betrieb eine neue Lagerhalle baut oder etwas nachrüstet, sollte nicht um jeden Genehmigungsschritt kämpfen müssen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, im Rahmen des zugesagten Belastungsmoratoriums keine zusätzlichen Bürden für Unternehmen zu beschließen und ihre bisherigen Pläne in dieser Hinsicht zu überdenken. Das gilt auch für die EU-Rechtsetzung in Brüssel.

ANSPRECHPARTNER



Standortpolitik

DR. MATTHIAS SCHMITT

Tel.: (06 51) 97 77-9 01

Fax: (06 51) 97 77-5 05

schmitt@trier.ihk.de